*Die Industrialisierung veränderte das Leben der Menschen. Städtischer Wohnraum war knapp, die Löhne niedrig, Arbeitsschutz und politische Mitbestimmung waren kaum vorhanden. Die Arbeiter*innen erkannten, dass sie sich organisieren mussten, um etwas zu verändern. So entstand die Arbeiter*innenbewegung. Sie machte den Ersten Mai zum „Feiertag der Arbeiter", an dem sie ihre Art zu leben und ihre Organisationen feierte und für bessere Lebensbedingungen und politische Mitbestimmung kämpfte. Er ist bis heute ein Feiertag. Doch: „Ist der Erste Mai mehr* als nur ein arbeitsfreier Tag?"

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fürchteten die konservativen Kräfte um Reichskanzler Bismarck eine sozialistische Revolution. Ereignisse in Frankreich und Russland schürten diese Angst. So revoltierten Pariser Kommunist*innen während des Deutsch-Französischen Krieges in der französischen Hauptstadt. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Auch anarchistische Bewegungen in Russland, von denen mehrere Attentate auf den Zaren, den gekrönten Herrscher des Landes, ausgingen, lösten Angst und Schrecken aus. In Deutschland wuchs die Arbeiter*innenbewegung und mit ihr auch das Selbstvertrauen der Arbeitenden. Dadurch sahen die konservativen Monarchisten die bestehenden, sie bevorzugenden Machtverhältnisse in Gefahr.

Nachdem es im Mai und Juni 1878 zu Anschlägen auf Kaiser Wilhelm I. kam, für die die sozialistische Bewegung verantwortlich gemacht wurde, löste man den Reichstag auf. Darin sah Bismarck die Chance, im folgenden Wahlkampf seine Idee eines „Sozialistengesetzes" zum Thema Nummer eins zu machen. Es ging darum, durch die Wahl eine Mehrheit für das Verbot der Sozialistischen Arbeiter Partei (SAP) und ihr nahestehende Organisationen zu bekommen. Die neue Zusammensetzung des Reichstags brachte das gewollte Ergebnis: Die Nationalliberalen und konservativen Parteien hatten die Mehrheit und stimmten geschlossen für das Gesetz. Es wurde im Oktober 1878 verabschiedet. Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" war die Grundlage für das Verbot von Vereinen und Versammlungen sowie für die Herstellung und Verteilung von Druckerzeugnissen. Sozialisten waren nun Staatsfeinde. Das Gesetz sollte die sozialistische Arbeiter*innenbewegung zerschlagen. Während seiner zwölfjährigen Gültigkeit wurden ungefähr 1.300 Druckschriften und 330 Organisationen der Arbeiter*innenschaft verboten. Die Vorschrift hatte aber auch Schwachstellen: Sozialistische Reichstagsabgeordnete durften sich weiterhin zur Wahl stellen. Denn das Gesetz betraf nur außerparlamentarische Tätigkeiten. Außerdem war es zunächst auf zweieinhalb Jahre befristet. Die Mehrheiten mussten also regelmäßig neu zustande kommen. Heute sind sich Historiker*innen einig, dass das Gesetz seine Wirkung verfehlt hat. Anstatt die Arbeiter*innenbewegung zu zerschlagen und die politische Arbeit der SAP im Reichstag zu unterdrücken, erstarkte sie. Der Druck von außen führte dazu, dass man näher zusammenrückte. Er verstärkte den Zusammenhalt der Arbeitenden gegen ihre Gegner. Als das „Sozialistengesetz" im Jahre 1890 auslief, wählten dreimal so viele Leute die SAP. Jetzt stellte sie, verglichen mit der Zeit vor dem Sozialistengesetz, ungefähr viermal so viele Abgeordnete.

M4.7 DAS SOZIALISTENGESETZ

Text nach: Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. II. Machtstaat vor der Demokratie. München, 1998. S. 382-400.